

Arbeitstagung „Die inklusive Schule entwickeln!“, Fulda, 27.11.2012

Beitrag Vizepräsidentin Dr. Irme Stetter-Karp

Die Position des Deutschen Caritasverbandes zur Inklusion

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

diese Veranstaltung geht in die vorletzte Runde. Die Taxis sind bestellt! Schauen wir zurück auf den gestrigen Tag, an dem ich leider selbst aufgrund anderer Verpflichtungen nicht teilnehmen konnte.

Gestern standen im Vordergrund:

- Die politischen und gesetzlichen Grundlagen in den Bundesländern
- Inklusion in der Schule Italiens, am Beispiel von Südtirol
- Die Zukunft von Förder- und Regelschulen: In welche Richtung können sich die Schultypen entwickeln?
- Die Frage, was Eltern mit Schulen erleben, wenn die Schulentscheidungen anstehen, stand bei einem Beispiel im Mittelpunkt.
- Nicht zuletzt, wurde am Beispiel von Neuzelle aus Brandenburg schon griffig, wie die Vision umgesetzt werden kann.

Diese Inhalte wurden in den Arbeitsgruppen vertieft. Im Fokus des Austausches standen die Fragen: „Wie geht es uns denn mit all den an- und aufgerissenen Fragen?“ „Wie geht es im Alltag der begonnenen Änderungen?“

Wo steht in diesem Prozess der Veränderung der Deutsche Caritasverband? Wie hat er sich positioniert bzw. vielleicht zutreffender: Wie wird er sich weiter positionieren? Darauf eine erste Antwort zu geben, ist das Ziel meines Beitrags.

Die verbandspolitische Position des DCV zur Inklusion; besser: die Entwicklung der Position des Deutschen Caritasverbandes zur Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung

Was sind die Ziele der verbandlichen Caritas zur Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Schulen? **Präsident Dr. Neher forderte im Polit-Talk des diesjährigen Katholikentages in Mannheim „Gemeinsam lernen und leben von Anfang an“: „Nicht die jeweilige Behinderung eines Kindes darf darüber entscheiden, welche Schule es besucht, sondern seine Fähigkeiten und Stärken müssen den Schultyp bestimmen“.** Um dann fortzufahren: **„Die Aufteilung zwischen Regelschule und Förderschule passt nicht mehr in unsere Zeit!“**

Angesichts der derzeit noch vorherrschenden Realität im deutschen Schulwesen – zugegeben, manche Bundesländer sind schon dabei, Änderungen einzuleiten - wirkt der letzte Satz von Präsident Dr. Neher provokant, vielleicht sogar etwas steil.

Ein erster Aufschlag: Der Präsident des Deutschen Caritasverbandes hat sich positioniert – auf Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention

„Die Aufteilung zwischen Regelschule u. Förderschule passt nicht mehr in unsere Zeit!“

Mit dieser Äußerung positioniert sich der Präsident des Deutschen Caritasverbandes auf der Linie der UN-Behindertenrechtskonvention. Er tut es nicht als Dienststellenleiter irgendeiner bürokratischen Organisation. Er positioniert den Verband als gewähltes Organ der verbandlichen Caritas in Deutschland. Die verbandliche Caritas wirkt im Auftrag der deutschen Bischöfe aktiv mit an der Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft. Dabei hat sie die Würde und Teilhabe aller Menschen im Blick. Der Verband verpflichtet sich in seiner Satzung auf drei wesentliche Aufgabenstellungen. Er versteht sich als Solidaritätsstifter, als Anwalt von Menschen und als Dienstleister.

Das Motto der Katholikentagsveranstaltung 2012 „Gemeinsam lernen und leben von Anfang an“, bildete einen geeigneten Rahmen für die öffentliche Positionierung. Im Verband wächst die Überzeugung, dass Menschen mit Behinderung an dieser Gesellschaft teilhaben wollen, ohne dass man ihnen per se das Etikett „Spezialfall mit Förderbedarf in Sondereinrichtung“ verpasst.

Die Sondereinrichtung kann je nach Fähigkeit des Kindes oder Jugendlichen das Mittel der Wahl für die Eltern sein. Es kann auch die Regelschule das Mittel der Wahl für Eltern und Kinder sein, bei entsprechenden Fähigkeiten. Ein Automatismus in die eine oder die andere Richtung erkennen wir heute als falschen Weg. Wenn aber die Regelschule ein sinnvoller Bildungsort für ein Kind ist, muss der Zugang dann nicht möglich sein ohne rechtliche, schuladministrative oder pädagogisch-therapeutische Stoppschilder von Institutionen. Auf diesem Weg gibt es noch sehr viele Herausforderungen. Eine davon wird sein, dass gerade Experten sich besonders schwer tun, eine bestimmte mentale Haltung aufzugeben und NEUES in der Welt zuzulassen. Wer Erfahrung in Change-Management hat, weiß, verlernen ist viel schwerer als NEUES lernen. In diesem Fall hier wird es darum gehen, die gewohnte Fürsorgehaltung aufzugeben und aus einem neuen Verständnis von Mitsorge heraus die klassischen Versorgungsmuster zu verlassen. In selbstbestimmter Teilhabe entscheiden Eltern sowie betroffene Kinder und Jugendliche über ihren Weg ins Regel- oder ins Fördersystem. NEULAND, zugegeben.

Blick auf die Entwicklung der Bildungslandschaft für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen – Blick auf die Realitäten:

In den letzten vierzig bis fünfzig Jahren hat die Bildungslandschaft in Deutschland sich verändert. Nicht immer gelang es der Bildungspolitik mit den gesellschaftspolitischen Entwicklungen Schritt zu halten. Selbstverständlich haben sich auch die gesellschaftlichen Erwartungen an die Schule verändert. Es gab vor Jahrzehnten einen beispiellosen Auf- und Ausbau von Fördereinrichtungen: Förderschulen in öffentlicher und kirchlicher Trägerschaft, integrative Kindertagesstätten und Integrationsgruppen in den Einrichtungen, es gab Frühförderstellen, Diagnose- und Therapieeinrichtungen zur Einstufung und Behandlung der Behinderung und es wurden spezielle medizinische Einrichtungen eröffnet.

Zugleich leerten sich die Klassen der Regelschulen um die Kinder und Jugendlichen mit Behinderung. Der Blick fokussierte sich auf die Besonderheit der Behinderung, auf Teilfunktionen dieser Menschen, auf ihre ganz besonderen Förderbedarfe. Die Teilhabepotenziale und auch das, was Menschen mit Behinderung geben können, geriet immer mehr aus dem Blick. Gemeinsames in der Entwicklung von Menschen mit und ohne Behinderung, Gemeinsames im Erleben und Gestalten kleiner Alltagsbegebenheiten wie auch der Lösung großer Schulaufgaben wurde so Schritt für Schritt zur außergewöhnlichen Situation. Mit diesem Prozess einher ging faktisch ein Prozess der Exklusion aus dem Gemeinwesen. Niemand hat das so geplant. Doch die Wirkung ist leider nicht von der Hand zu weisen. Eine klinisch-medizinische Sichtweise in Kombination mit dem Etikett „förderbedürftig“ bildete den Hintergrund für das permanente Ausblenden von Menschen mit

Behinderung: in Kindertagesstätten, in Schulklassen, in Jugendgruppen, auf Spielplätzen, beim Einkaufen, in den Innenstädten,

Wir sind aufgefordert uns immer deutlicher bewusst zu machen: Auch ohne Menschen mit Behinderung oder ohne Menschen mit Migrationshintergrund u. ä. muss selbstverständlich überall mit Unterschieden in Fähigkeiten, Begabungen, individueller Orientierung, Motivation, Neigung, individuellem Erleben umgegangen werden. Menschen sind immer verschieden. Und gleichzeitig gilt: Menschen sind immer gleich: in ihrer Würde, in Ihrem Recht auf Teilhabe. Zu lange haben wir das zu einseitig aufgelöst. Immer haben wir nach der Kategorie der Differenz geschickt und dabei bestimmten Differenzen mehr Gewicht gegeben als anderen. Die Differenz zwischen Menschen im sogenannten normalen Leben ist doch allgegenwärtig, wenn wir genau hinsehen. Mit Differenz müssen Familien, Kleingruppen aller Art, Teams, Schulklassen, Jugendgruppen, Betriebe, Organisationen umgehen. Warum sollen Menschen mit Behinderung nur einen und zwar den ihnen vorab zugewiesenen Sonder-Platz in dieser vorhandenen Vielfalt einnehmen? Warum sollen sie sich per se im Gemeinwesen auf bestimmte Räume zuordnen lassen. In der Wahrnehmung der Gesellschaft als Ganzer, in der öffentlichen Meinung blieben Menschen mit Behinderung über Jahrzehnte Fremde. Als Fremde wurden Ihnen Sonderräume zugewiesen: Sonderräume im wörtlichen Sinn, aber auch Bildungs Sonderräume. Was war die Folge: faktische Exklusion.

Exkurs: Das möchte ich an einem persönlichen Beispiel illustrieren, das mich nachdenklich zurückließ: In Südtirol beim Bergsteigen erlebte ich vor 1984 diese Situation: Ich war mit meinem Mann gerade auf dem Weg ins Auto, um von einem Bergbauernhof ins Tal zum Sonntagsgottesdienst zu fahren, als die alte Bäuerin uns anhielt und darum bat, ob wir Ihren Bruder mit ins Dorf nehmen könnten. Selbstverständlich. Er stieg ein und nahm auf dem Rücksitz Platz. Nach etwa 10 Minuten Fahrt brüllte er plötzlich zu mir über den Rücken: „Dass Ihr es fai nur wisst: „I bin der leibhaftige Teufe(l).“ In der ersten Sekunde mächtig erschrocken, fingen wir uns wieder und ich meinte lachend, na jetzt müsse er erst mal friedlich sein, wenn wir ihn weiter mit runter nehmen sollen. Es gab kein Problem. Hinterher dachte ich mir: also das wäre mir zuhause in Süddeutschland nicht passiert. Dieser psychisch kranke Mensch wäre nicht auf dem Bauernhof gewesen, sondern in einer psychiatrischen Landeslinik! Und die meisten wären der Überzeugung gewesen: Ja und genau dorthin gehört er auch!

Befunde zu den Folgen der Entwicklung der Bildungslandschaft für Kinder und Jugendliche mit Behinderung – Anlässe und Gründe zur verbandspolitischen Neupositionierung verbandlicher Caritas zur Inklusion in der Schule.

Deutschland hat in Folge dieser jahrzehntelangen Entwicklung von Sondereinrichtungen eine großen Erfahrung und Prägung in der frühen Separierung von Menschen mit und von Menschen ohne Behinderung. Vielleicht nicht absichtlich, aber implizit wurde angenommen: Menschen mit Behinderung fehlen wesentliche, zur gesellschaftlich anerkannten Bildung relevante sogenannte „normale Fähigkeiten“. Die verbreitete Meinung ist, die sozialen Fähigkeiten von Kindern mit Behinderungen seien immer und überall gänzlich andere als die aller Anderen. Urteilen Sie selbst über die Treffsicherheit solcher Zuschreibungen.

Mit den beschriebenen Etiketten finden Menschen mit Handicaps sich unweigerlich am Rand der Gesellschaft vor. Dabei werden auch spezielle, kompetent fördernde schulische Einrichtungen auf der grünen Wiese teilweise paradoxerweise Teil eines Systems des Ausschlusses. Ich sage nicht, dass der Plan zum Ausschluss existierte, doch im Sinn des Outcome kommt man an der Diagnose der Exklusion nicht vorbei.

Spätestens wenn die Schulzeit für die Kinder und Jugendlichen mit Behinderung in solchen Einrichtungen zu Ende geht, stellt sich die Frage: Welche Möglichkeiten der Teilhabe am öffentlichen Leben stehen ihnen ganz selbstverständlich offen und wo befinden sich diese Lebensräume territorial? Gibt es diese Möglichkeiten als Ausflüge von der grünen Wiese von

Zeit zu Zeit in die Stadt? Oder liegen diese in dem Stadtteil oder Dorf, wo ihre Eltern leben? In vielen Fällen kehren sie zurück zu den Eltern oder zumindest an deren Wohnort – und kennen außer Eltern und Geschwistern niemanden. Vielleicht besteht die Familie auch nur als Kernfamilie am Ort. Ohne gewachsenes soziales Netzwerk kann es sozial einsam werden. Emotionale Beeinträchtigung, Apathie oder auch ständige Konflikte im Kleinsystem der Kernfamilie können die Folge sein.

Was bedeutet es, dass der in einer stationären Förderschule gebildete Siebzehnjährige nach Ende der Schulzeit heimkehrt – und evtl. keinen einzigen Freund an seinem Wohnort hat? In einer Kleinstadt meines Bundeslandes Baden-Württemberg wäre das nicht als Ausnahme anzutreffen. Inklusion und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sieht anders aus.

Oder hat das Leben in Gemeinschaft nur dann wieder eine Chance, wenn sich in der Biografie des Heranwachsenden Sondereinrichtung an Sondereinrichtung reiht, ein Leben im Abseits? Nur, dass hier kein Schiedsrichter pfeift, wenn der junge Mensch ins Abseits läuft. Was passiert mit dem heute Jugendlichen, wenn die alternden Eltern ihn nicht mehr beherbergen können in einigen Jahren? Dieser Fall liegt zwar außerhalb unseres Tagungsthemas, macht aber den Blick frei auf die Tatsache, dass exklusive Einrichtungen, auch Bildungseinrichtungen, exklusive Lebensläufe mit vorbereiten helfen.

Nein: wenn ein anderes Tempo von Bildung und spezielle Förderungen nötig sind, dann sollen diese nach Möglichkeit in inklusiven Schuleinrichtungen erfolgen. Denn: neben der kognitiven Bildung vermitteln die Schulen für alle mehr Verständnis für die Vielfalt unseres Lebens und vor allem für die zentralen Schlüssel zum sozialen Lernen. Und darauf wird es für den jungen Menschen mit und genauso für die Menschen ohne Behinderung in Zukunft im 21. Jahrhundert am allermeisten ankommen: zu lernen in einer pluralen Gesellschaft mitten in Europa, Verschiedenheit als selbstverständliches Gut zu verstehen und die Würde Aller jenseits von Klasse, Rasse, Geschlecht, Religion, Alter und Herkunft zu respektieren. Nicht nur für die Schulzeit, sondern für jede Lebensphase danach.

Spätestens hier, und das will ich betonen, wird deutlich, dass es um einen Paradigmenwechsel für die gesamte Gesellschaft geht. Müssen wir nicht alle uns darin üben, zu verstehen wie viel uns sogenannten Nicht-Behinderten Menschen verloren geht ohne eine alltäglich mögliche Begegnung mit sogenannten Behinderten Menschen. Meine persönliche Überzeugung ist, dass diese Frage der je eigenen interkulturellen Kompetenz noch viel zu wenig beleuchtet wird in der Fachdebatte.

Meine Damen und Herren, ich habe versucht, im Blick zurück die Entwicklung der letzten vierzig bis fünfzig Jahre in der Bildung und Förderung behinderter junger Menschen zu skizzieren. In diesem Zeitraum wurde und wird immer noch Beachtliches zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung geleistet. Das zu bestreiten hieße, den verbandlichen und kirchlichen Fördereinrichtungen unrecht tun und auch denjenigen Regelschulen, die schon Inklusion anstreben. Und es hieße auch, blind zu sein gegenüber den Entwicklungen zwischen der gewaltvollen Kriegszeit, den Zeiten der Eugenik, den Nachkriegszeiten und den 70 er Jahren. Die Rückseite der bis jetzt vorherrschenden Realität heißt jedoch „nicht beabsichtigte Exklusion“, weil die Fähigkeiten der betroffenen Kinder und Jugendlichen fast ausschließlich abseits aller Alters- und Interessensgenossen gefördert werden. In der Folge werden diese Jugendlichen sukzessiv in ein Sondersystem von Bildung und Teilhabe am Arbeitsmarkt abgedrängt, der Aufbau sogenannter normaler sozialer Bezüge und Beziehungen wird erschwert, in vielen Fällen verunmöglicht. Auch die Befürworter des derzeitigen zweigleisigen Systems von Regel- und Förderschulen müssen zugeben, dass das zumindest tendenziell zu dem Ergebnis führt: Ein System das fördern will, muss sich die Frage gefallen lassen, ob nicht unbeabsichtigt Exklusion gefördert wird. Wir müssen diese Not sehen – und handeln! Das zweite vatikanische Konzil spricht von der „Kirche in der Welt von heute“ als Zeichen und Werkzeug des Reiches Gottes“. Die Caritas hat im Sinn dieser Zeitgenossenschaft die Aufgabe, die Zeichen der Zeit zu erkennen und

passende sozialetische und sozialpolitische Konzepte zu entwickeln. Im Deutschen Caritasverband sind wir der Meinung, dass die Veränderungen jetzt notwendig sind. Verbandliche Caritas ist der frohen Botschaft in der Nachfolge Jesu Christi verpflichtet. Es geht nicht nur darum, dass Menschen ihr Leben haben. Es geht darum, dass sie dieses Leben in Fülle haben (Joh, 10,10). In die Bildungspolitik dieser Jahre hinein übersetzt bedeutet diese frohe Botschaft: „Inklusion“, auch und gerade in der Schule.

Deutschland ist 2006 zusammen mit der überwiegenden Anzahl der anderen Staaten der UN-Behindertenrechtskonvention beigetreten und hat sie 2009 ratifiziert. Unser Land hat sich damit verpflichtet, angemessene Vorkehrungen zu treffen, chancengerechte Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Das bedeutet Zugänge schulischer Bildung für alle Kinder und Jugendliche zu öffnen; und damit den Eltern und betroffenen Kindern das Recht zu eröffnen, den Schultyp wählen können, der den Fähigkeiten und Stärken des Kindes entspricht. Die schulische Realität ändert sich bereits bzw. wird sich entsprechend der staatlichen Verpflichtung sukzessive verändern. Und das Tempo dieses Wandels wird zunehmen, es nimmt bereits jetzt zu. Insofern stimmt die eingangs erwähnte provokative Aussage des Präsidenten des Deutschen Caritasverbandes „Die Aufteilung zwischen Regelschulen und Förderschule passt nicht mehr in unsere Zeit“.

Als Konsequenz der UN-Behindertenrechtskonvention gibt es gemäß der Bestimmungen in Zukunft regelmäßige Berichte, quasi Entwicklungsberichte der Bundesregierung an die UN, flankiert oder je nachdem skandalisiert durch sog. Parallelberichte von Behindertenorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und anderer NGOs an die Vereinten Nationen. Zur Erarbeitung dieser Parallelberichte haben sich bereits ca. 70 Organisationen in Deutschland zusammengeschlossen. Es wird in einem erheblich größeren Maß Öffentlichkeit hergestellt werden als bisher und es wird eine kritische Öffentlichkeit sein.

Fazit: Die Befunde aus der Bildungs- und Förderarbeit für Kinder- und Jugendliche mit Behinderungen und die politischen Konsequenzen aus der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention mit deutlichen Wirkungen in der Rechtslandschaft zeigen es: Die Anlässe und Gründe für eine verbandspolitische und fachliche Neupositionierung des Deutschen Caritasverbandes zur Inklusion, nicht zuletzt zur Inklusion von Kindern und Jugendlichen in Schulen, sind mit Händen zu greifen.

Und ich sehe angesichts der aufgeführten Befunde kein Argument, das es rechtfertigen würde, den Status quo beizubehalten, die Inklusion abzuwehren oder gar zu bekämpfen, sie ins Leere laufen zu lassen oder einfach wie von so vielen geübt, die Begriffe zu tauschen, um nichts verändern zu müssen.

Inklusion in Schulen ist möglich. Wir entwickeln Inklusion mit!

Das Beispiel Neuzelle in Brandenburg zeigt es: Inklusion in der Schule ist möglich, von Anfang an. Andere, wenn auch noch zaghafte Entwicklungen und Beispiele in Regelschulen zeigen es gleichfalls: Inklusion ist auch dort möglich und machbar, wenn auch mit mehr oder weniger großen Veränderungen. Solche neuen Wege zu spüren, das braucht Kreativität, Verstand und Standfestigkeit. Nicht zuletzt braucht es praktikable Konzepte. Bestimmt braucht es keine Ideologien. Vielleicht ist der Wandel mancher bisherigen Förderschule- und Fördereinrichtung zum „Kompetenzzentrum Förderung“ der Weg, im Regelschulsystem die Voraussetzungen für inklusive Bildung zu schaffen. Vielleicht werden noch mehr Förderschulen zu Regelschulen.

Hier liegen Chancen für kirchliche Regelschulen, für Caritas- und andere Förderschulen. Und hier müssen auch öffentliche Regelschulen keineswegs in den Systemkollaps geraten, weil sie, zumindest bislang, noch nicht das Personal und die Kompetenzen haben, den neuen Anforderungen der Inklusion gerecht zu werden.

Förder- und Regelschulen brauchen Unterstützung im Konversionsprozess, das steht außer Frage. Auch Tagungen wie diese von gestern und heute hier sind Teil einer konstruktiven Such- und Praxisbewegung auf dem Weg zur angestrebten Inklusion in der Schule. Wir konstruieren die Wirklichkeit neu. Damit ergreifen wir die Chance, Bildung, persönliche Entwicklung und Inklusion in die Gesellschaft mitzugestalten.

Zur zukünftigen verbandspolitischen Positionierung des Deutschen Caritasverbandes im Kontext der Schule

Vor fast drei Jahren haben die zuständigen Fachreferate in der Zentrale des DCV zusammen mit Vertreterinnen und Vertreter beteiligter caritativer Fachverbände damit begonnen, den ersten Entwurf eines Diskussionspapiers zu formulieren, das überschrieben ist mit

„Selbstbestimmte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung durch inklusive Bildung – Handlungsbedarf gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention.“ Nach einem Diskussionsprozess von fast zwei Jahren soll nun dieses Papier bis Frühjahr 2013 fertig gestellt und den DCV-Gremien alsbald zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern aller beteiligten Seiten ist derzeit dabei, die Position zu aktualisieren und eingegangene Rückmeldungen einzuarbeiten.

Ich möchte Ihnen einige Teilüberschriften aus dem Papier nennen:

Die Ziele der Behindertenrechtskonvention, Umsetzungsverpflichtungen der Staaten, der Beitrag der Caritas zur allgemeinen Inklusionsdebatte, der Beitrag der Caritas zur Debatte über das Recht auf inklusive Bildung.

Handlungsbedarf: Alle Regeleinrichtungen im Elementarbereich müssen künftig in der Lage sein, die bestmögliche Förderung, Erziehung, Bildung und soziale Entwicklung für alle Kinder mit und ohne Behinderung aus dem Wohnumfeld zu garantieren. Die beiden Leistungssysteme Jugendhilfe und Behindertenhilfe müssen an den Bedarf der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung und ihrer Angehörigen angepasst und besser koordiniert werden. Alle Regelschulen müssen künftig in der Lage sein, grundsätzlich allen Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung wohnortnah die bestmöglichen Voraussetzungen für ihre Bildung und soziale Entwicklung zu gewährleisten.

Angebote der außerschulischen Bildung und Freizeitgestaltung müssen inklusiv ausgebaut werden. Die berufliche Bildung der Mitarbeitenden muss auf die Anforderungen der inklusiven Erziehung und Bildung in den genannten Handlungsfeldern ausgerichtet werden.

Schluss:

In der Zeitschrift „neue caritas“ hieß vor Jahren eine Überschrift, Bezug nehmend auf die Position des DCV zu seinem Leitbild: „Leitbild lernt laufen“. Wir müssten über die Inklusion in Analogie zum Caritas-Leitbild bald sagen können „Inklusion lernt bei uns laufen – nicht zuletzt in der Schule“.

Wulf Rüska streicht am 02. November diesen Jahres in einem Leitartikel der Badischen Zeitung Freiburg heraus, dass der Leistungsanspruch der Schule auf der einen Seite und die Integration nicht immer vereinbar sind. Er titelt folglich: „Inklusion in der Schule – Integration als Überforderung“. Damit bleibt er beim Ist-Stand dessen stehen, wie man sich bislang Inklusion in der (Regel-) Schule scheinbar nur denken kann: ohne jegliche Förderunterstützung, ohne Weiterqualifizierung von Lehrern, ohne Differenzierung in Leistungszielen und ohne Veränderungen in der Organisation der Schule.

Bei diesem Mangelzustand müssen wir nicht stehen bleiben: Inklusion geht, ob in Südtirol oder in Neuzelle. Und wenn wir aufbrechen: geht es auch anderswo.

Ich lade Sie ein, weiterhin zusammen und über die Systemgrenzen hinweg das Pionierwerk der Inklusion in der deutschen Schule anzugehen. Es ist ein Werk für Jahre und es ist nicht umsonst und auch nicht umsonst zu haben. Vielmehr ist es eine gesellschaftliche Investition und eine für Bildung. Es ist auch eine Investition, das akzentuiere ich noch einmal, in die soziale Kompetenz Vieler – auf allen Seiten. Diese Innovation macht dann Sinn, wenn sie die Würde und Teilhabe Aller zu stärken vermag. Einfacher gesagt: die Veränderung muss im Alltag spürbar und handgreiflich werden. Diese Pionierarbeit für Deutschland wird jeder kirchlichen und caritativ-verbandlichen Bildungs- und Förderarbeit zusätzlichen Sinn und Zukunft geben. Es wird anstrengend werden. Doch welche zutiefst sinnvolle und für die Zukunft der Caritasarbeit bedeutsame Innovation ist nicht anstrengend?

Dabei – und das bezieht sich freilich auch auf die künftige verbandspolitische Position des DCV - geht es nicht um irgendwelche theoretischen Ziele, die an irgendeinem grünen Tisch erdacht werden. Es geht um die Teilhabe, um die Inklusion, um das Leben in Fülle für Viele. Die wiederum sind aller Anstrengung wert, in einer verbandspolitischen Position – und was entscheidender ist – in unserer veränderten Praxis.

Gestalten wir Inklusion in der Gesellschaft mit – entwickeln wir zusammen die inklusive Schule! – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.